

# Memorial

des

# MEMORIAL

DU

## Großherzogthums Luxemburg.



## Grand-Duché de Luxembourg.

**Erster Theil.**  
**Acte der Gesetzgebung**  
**und der allgemeinen Verwaltung**

**N<sup>o</sup> 24.**

**PREMIÈRE PARTIE.**  
**ACTES LÉGISLATIFS**  
**ET D'ADMINISTRATION GÉNÉRALE.**

**Montag, 26. Juli 1869.**

**LUNDI, 26 juillet 1869.**

**Gesetz vom 22. Juli 1869, die Besteuerung des**  
**Rübenzuckers betreffend.**

Wir **Wilhelm III.**, von Gottes Gnaden  
König der Niederlande, Prinz von Oranien-  
Nassau, Großherzog von Luxemburg, *ic.*, *ic.*, *ic.*;

Nach Einsicht des Art. 2. des Vertrags vom  
8. Februar 1842, und des Separatartikels (§. I) zum  
Vertrage vom 26.—31. December 1853;

Nach Anhörung Unseres Staatsrathes;

Mit Zustimmung der Kammer der Abgeordneten;

Nach Einsicht der Entscheidung der Abgeordneten-  
Kammer vom 6. d. Mts. und derjenigen des  
Staatsrathes vom 12. des nämlichen Monats,  
gemäß welchen eine zweite Abstimmung nicht statt-  
finden wird;

**Haben verordnet und verordnen:**

**Einziger Artikel.**

Die Regierung ist ermächtigt, die nöthigen  
Maßnahmen zu treffen, um die in den Staaten  
des deutschen Zollvereins, in Betreff der Be-  
steuerung der Rübenzuckerfabrication bestehenden  
oder einzuführenden, gesetzlichen und reglemen-  
tarischen Bestimmungen im Großherzogthum in  
Wirksamkeit treten zu lassen.

**Befehlen und verordnen, daß gegenwärtiges**  
**I.**

**Loi du 22 juillet 1869, relative à l'impôt sur le**  
**sucré de betterave.**

Nous **GUILLAUME III.**, par la grâce de Dieu.  
Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau,  
Grand-Duc de Luxembourg, *etc.*, *etc.*, *etc.*;

Vu l'art. 2 du traité du 8 février 1842 et l'art.  
séparé unique (§. I) du traité du 26—31 dé-  
cembre 1853;

Notre Conseil d'État entendu;

De l'assentiment de la Chambre des députés;

Vu la décision de la Chambre des députés en  
date du 6 de ce mois, et celle du Conseil d'État  
du 12 du même mois, portant qu'il n'y a pas lieu  
à second vote;

**Avons ordonné et ordonnons:**

**Article unique.**

Le Gouvernement est autorisé à prendre les  
mesures nécessaires pour mettre en vigueur dans  
le Grand-Duché les dispositions législatives ou  
réglementaires qui sont ou seront arrêtées, dans  
les États de l'Union douanière allemande, au sujet  
de la perception de l'impôt sur la fabrication du  
sucre de betterave.

**Mandons et ordonnons que la présente loi soit**

**24**

Gesetz in's „Memorial“ eingerückt werde, um von allen, die es betrifft, vollzogen und befolgt zu werden.

Soesbijt den 22. Juli 1869.

Für den König-Großherzog:  
Dessen Statthalter im Großherzogthum:

**Heinrich,**

Prinz der Niederlande.

Der General-Director  
der Finanzen  
de Colnet d'Huart.

Durch den Prinzen:  
Der Secretär,  
G. d'Osiment.

insérée au *Mémorial* du Grand-Duché, pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Sæstdijk, le 22 juillet 1869.

Pour le Roi Grand-Duc:  
Son Lieutenant-Représentant  
dans le Grand-Duché,  
**HENRI,**

PRINCE DES PAYS-BAS.

Le Directeur-général  
des finances,  
DE COLNET-D'HUART.

Par le Prince:  
Le Secrétaire,  
G. D'OLIMART.

**Königl. Großh. Beschluß vom 22. Juli 1869, die Besteuerung des im Inlande erzeugten Rübenzuckers betreffend.**

Wir **Wilhelm III.**, von Gottes Gnaden König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg, *rc., rc., rc.*;

Nach Einsicht des Vertrags vom 20. October 1865, so wie des Separat-Artikels §. 1 zu dem Vertrage vom 21. December 1853, und des Gesetzes vom heutigen Tage;

Auf den Bericht Unseres General-Directors der Finanzen;

Nach Einsicht der Conseils-Berathung der Regierung;

Nach Anhörung Unseres Staatsrathes;

Auf Grund der unter den Zollvereins-Staaten, wegen der Besteuerung des im Umfange des Zoll-Vereins erzeugten Rübenzuckers getroffenen Vereinbarungen;

**Haben beschlossen und beschließen:**

# **I. Allgemeine Bestimmungen.**

## **§. 1.**

### **1. Höhe der Steuer.**

Der aus Runkelrüben oder aus andern zuckerhaltigen Rüben erzeugte Rohzucker wird mit einer Steuer belegt, deren Höhe je für eine mit dem 1. September beginnende, ihrer Dauer nach näher zu bestimmende Periode festzusetzen und wenigstens acht Wochen vor Anfang einer neuen Periode bekannt zu machen ist.

Die Steuer wird von den zur Zuckerbereitung bestimmten Rüben erhoben, und dabei bis auf weitere Bestimmung angenommen, daß zur Hervorbringung von einem Zentner (50 Kilogramm) Zucker, zwanzig Zentner (1000 Kilogramm) rohe Rüben erforderlich sind.

§. 2.

a) In denjenigen Rübenzucker-Fabriken, welche die Rüben im frischen Zustande verarbeiten, wird das Gewicht der Rüben, bevor solche auf die Zerkleinerungs-Apparate gelangen, durch amtliche Verwiegung ermittelt, zu welchem Behufe einer jeden solchen Fabrik und in jeder, von der eigentlichen Fabrik getrennt bestehenden Anstalt zur Vorrichtung von Rüben für die Zuckerbereitung eine Waage nebst den erforderlichen Gewichten in unmittelbarer Nähe des Zerkleinerungsapparats (der Reibe- und resp. Schneidemaschine) vorhanden sein muß.

2. Wie solche erhoben wird.  
a) auf den Grund spezieller Gewichtsermittlung.

Es dürfen nicht weniger, als je fünf Zentner Rüben auf die Waage gebracht werden. Die Gewichtsermittlung durch Probeverwiegungen ist unzulässig.

b) In denjenigen Fabriken, welche auf die Bereitung des Zuckers aus getrockneten (gedörrten) Rüben eingerichtet sind, werden die Rüben — und zwar sowohl die in der Fabrik selbst getrockneten, als diejenigen, welche in getrocknetem (gedörrtem) Zustande von auswärtigen Trocknungsanstalten bezogen, oder in solchem Zustande von andern Personen erworben werden — vor ihrer Einbringung in das Local, in welchem sich die Extraktionsgefäße befinden, auf einer, nebst den erforderlichen Gewichten von dem Fabrikhaber in unmittelbarer Nähe des gedachten Lokals zu haltenden Waage vermogen und es werden, behufs der Abgaben-Entrichtung, auf jeden Zentner (50 Kilogramm) getrocknete vier und drei Viertel Zentner (237½ Kilogramm) rohe Rüben gerechnet.

c) Zur Erleichterung des Verwiegungs-Geschäfts wird die Anwendung von Brückenwaagen gestattet. Die zur Verwiegung nothwendigen mechanischen Vorrichtungen ist der Fabrikhaber schuldig, durch seine Arbeiter leisten zu lassen.

d) Zum Behufe der amtlichen Verwiegung der Rüben sind die Fabrikanten verpflichtet, solche bauliche Einrichtungen und sonstige Veranstaltungen zu treffen, daß die mit dem Verwiegungs-Geschäft beauftragten Beamten gegen Kälte, Hitze und Zugwind möglichst geschützt sind.

Auch muß sowohl diesen als den sonst mit der Kontrolle beauftragten Beamten in dem Fabrikgebäude die Mitbenutzung eines erwärmten, mit dem zum Schreiben erforderlichen Mobiliar ausgestatteten Lokals und darin ein verschließbares Behältniß zur Aufbewahrung von Papieren eingeräumt werden.

§. 3.

Für Fabriken, welche innerhalb einer Betriebsperiode (von der Rüben-Ernte bis zur Erschöpfung des Materials) nicht über 10,000 Zentner (500,000 Kilogramm) rohe Rüben verarbeiten, kann, auf den Grund der angemeldeten und revidirten Material-Vorräthe, eine Fixation der dafür zu entrichtenden Steuer eintreten.

In diesem Falle unterbleibt die im §. 2 angeordnete specielle Verwiegung der Rüben, und es findet nur eine allgemeine Beaufsichtigung des Betriebs Statt.

Sollte jedoch im Laufe der Fabrikation sich ergeben, daß die Menge der zur Verarbeitung bestimmten Rüben unrichtig angegeben oder ohne vorgängige An-

zeige vermehrt worden ist, so kann die Steuer-Behörde (§. 16) die specielle Controlle der betreffenden Fabrik auf Kosten des Inhabers derselben anordnen.

§. 4.

3. Von wem und wann die Steuer zu entrichten ist.

Zur Entrichtung der Steuer ist der Fabrikinhaber verpflichtet:

Der von der Hebestelle des Bezirks am Schlusse eines jeden Kalender-Monats festgestellte und dem Steuerpflichtigen bekannt gemachte Gefällebetrag muß binnen drei Tagen nach Empfang der amtlichen Berechnung eingezahlt werden. In wiefern hierzu weitere Zahlungsfristen zu bewilligen sind, bleibt der Bestimmung des General-Directors der Finanzen vorbehalten.

§. 5.

4. Erlaß oder Erstattung der Steuer.

Ein Erlaß oder eine Zurückzahlung der Steuer aus dem Grunde, weil während oder nach der Fabrication Materialien oder die daraus bereiteten Fabrikate unbrauchbar geworden oder durch ein zufälliges Ereigniß verloren gegangen sind, findet nicht Statt.

§. 6.

5. Verjährung.

Bei Erhebung der Rübenzucker-Steuer findet, sowohl gegen den Steuerpflichtigen als gegen den Staat, eine einjährige Verjährung in der Art statt, daß nur binnen Jahresfrist, vom Tage der Steuerentrichtung an, ein Anspruch auf Ersatz wegen zu viel gezahlter Gefälle angebracht, und daß nur binnen gleicher Frist, von gleichem Zeitpunkte an, eine Nachforderung an den Abgabepflichtigen wegen zu wenig erhobener Steuer geltend gemacht werden darf.

Auf das Regreßverhältniß des Staates gegen die Beamten und auf die Nachzahlung defraudirter Gefälle leiht diese abgekürzte Verjährungsfrist keine Anwendung.

§. 7.

6. Beschränkungen des Betriebes.

a) Der vereinigte Betrieb der Zuckersabrication aus Rüben und aus Kolonialzucker darf nur unter Beobachtung der von dem General-Director der Finanzen zur Verhütung von Mißbräuchen und zum Schutze des Steuerinteresses zu treffenden Anordnungen Statt finden.

b) Rübenzucker-Fabriken innerhalb des Grenzbezirks unterliegen, außer den in der gegenwärtigen Verordnung enthaltenen Bestimmungen, den Vorschriften im §. 35 des mittelst Königlich-Großherzoglichen Beschlusses vom 24. Februar 1842 publicirten Zollgesetzes und in den §§. 88 bis 90 der durch denselben Beschluß veröffentlichten Zoll-Ordnung, und dürfen daher nur unter Beobachtung der zur Sicherung des Gewerbes und des Zollinteresses nöthig errachteten Bedingungen und Beschränkungen fortgesetzt oder neu angelegt und betrieben werden.

## II. Vorschriften über die Erhebung und Kontrollirung der Steuer.

§. 8.

1. Anmeldung der Betriebs-Räume und Geräthe.

a) Wer, um Zucker aus Rüben zu bereiten, eine Fabrik anlegen, oder sonst Einrichtungen treffen will, ist verpflichtet, solches der Zuckersteuerhebestelle, in deren

Bezirk die Fabrik liegt, mindestens sechs Wochen vor dem Beginn des ersten Betriebs schriftlich anzuzeigen und der gedachten Behörde spätestens acht Tage vor Eintritt dieses letzteren Zeitpunktes eine Nachweisung, nach einem näher vorzuschreibenden Muster, in doppelter Ausfertigung einzureichen, worin die Räume zur Aufstellung der Geräthe und zum Betriebe der Zuckerbereitung, einschließlich aller dazu gehörigen oder damit im Zusammenhange stehenden Vorbereitungen und Operationen, die Räume zur Aufbewahrung der Rüben und zur Aufbewahrung der verschiedenen Fabrikate, ferner die zu benutzenden feststehenden Geräthe, als: die Apparate zum Waschen, Zerkleinern und Drren der Rüben, zum Extrahiren und Auspressen des Rübensaftes, die Kessel, Pfannen und sonstigen Vorrichtungen zum Kochen, Lutern und Klären des Zuckers u. s. w., ingleichen der in Preussischen Quart (das Quart=1.145 Liter) ausgedrückte Rauminhalt der Kessel und Pfannen, von jedem dieser Geräthe besonders, genau und vollständig angegeben sein müssen.

b) Dieser Nachweisung muß ein Grundriß der Betriebsräume und der Stellung der darin befindlichen feststehenden Geräthe, nach der von der Steuerbehörde zu gebenden nähern Anleitung, zweifach beigelegt, ein Exemplar von der Hebestelle bescheinigt, in dem Fabriklokale aufbewahrt und die darin bezeichnete Stellung der Geräthe so lange unverändert beibehalten werden, als Abänderungen nicht durch Einreichung eines anderweiten Grundrisses angezeigt worden sind.

c) Nicht minder liegt den Inhabern von Rübenzuckerfabriken ob, wenn neue Geräthe der unter a) bezeichneten Art angeschafft oder die bereits angemeldeten ganz oder zum Theil abgeändert werden, vor oder unmittelbar nach dem Empfange der Geräthe der Steuerhebestelle davon Anzeige zu machen und dieselben nicht ohne die von der letzteren zu ertheilende amtliche Bescheinigung in Gebrauch zu nehmen.

d) Zur Anzeige innerhalb der nächsten drei Tage sind dieselben auch verpflichtet, wenn bereits angemeldete Geräthe ganz oder zum Theil, zum Zwecke der Fabrication, in ein anderes Lokal gebracht werden.

#### §. 9.

Die in den Betriebsräumen vorhandenen, feststehenden Geräthe werden nach der Bestimmung der Steuerbehörde numerirt, welche, wenn sie dazu Veranlassung findet, auch eine Nachmessung der Kessel und Pfannen vornehmen kann.

2. Bezeichnung und Vermessung der Geräthe.

Die Nummer und den angegebenen oder ermittelten Quartinhalt (das Quart = 1.145 Liter), muß der Fabrikhaber an den Geräthen deutlich bezeichnen und diese Bezeichnung gebrig erhalten lassen; wie solche zu bewirken und wo sie anzubringen sei, wird für jedes Geräth von der Steuerbehörde bestimmt.

#### §. 10.

Die Steuerhebestelle ist verpflichtet, über die Anmeldung, Vermessung und Bezeichnung der Geräthe eine Bescheinigung zu ertheilen. Nur durch solche Bescheinigungen, welche in dem Fabriklokale aufbewahrt werden müssen, kann der Nachweis geführt werden, daß die Geräthe und die damit vorgenommenen Veränderungen vorschriftsmäßig angemeldet worden.

3. Amtliche Bescheinigung darüber.

§. 11.

4. Aufsicht der Steuer-  
Behörde.

a) Die angemeldeten Betriebsräume und die darin vorhandenen Geräthe stehen unter der Aufsicht der Steuer-Behörde.

Von derselben können die Apparate zum Zerkleinern der Rüben (Reibe- und Schneidemaschine), so wie diejenigen zum Extrahiren oder Auspressen des Rübensaftes für die Zeit, während welcher ein Betrieb derselben nicht Statt findet, auf angemessene Weise außer Gebrauch gesetzt werden. Die hierauf abzweckenden Vorrichtungen werden auf Kosten des Fabrikinhabers getroffen.

b) Die Inhaber von Rübenzuckerfabriken sind verpflichtet, über ihren gesammten Fabrikations-Betrieb, Bücher (Betriebs- oder Fabrik-Bücher), aus welchen die Menge der verarbeiteten Rüben und der erzielten Fabrikate verschiedener Gattung ersichtlich sein muß, zu führen und solche den Ober-Beamten (Ober-Controleuren, Ober-Inspectoren oder noch höher stehenden Beamten), sowie deren Vertretern jederzeit, andern Beamten aber nur, wenn dieselben dazu von der Directiv-Behörde besonders beauftragt sind, auf Erfordern vorzulegen.

§. 12.

5. Anmeldung des  
Betriebs.

a) Wenn eine neu angelegte Rübenzuckerfabrik zuerst, oder eine außer Thätigkeit gewesene ältere Anlage der Art wieder in Betrieb gesetzt werden soll, so muß der Inhaber solches der Steuerhebestelle des Bezirks vierzehn Tage vor dem muthmaßlichen Beginne des Betriebs schriftlich anzeigen und sich von derselben eine Bescheinigung darüber ertheilen lassen. Diese Anzeige muß zugleich die Angabe enthalten, ob und mit welchen regelmäßigen Unterbrechungen der Betrieb stattfinden soll.

b) Befinden sich Geräthe unter amtlichem Verschlusse, so veranlaßt die Steuerhebestelle, daß sich ein Beamter zur Abnahme desselben rechtzeitig in der Fabrik einfinde.

§. 13.

6. Einreichung von Ma-  
terial-Vorraths-  
Verzeichnissen.

a) Wer Zucker aus Rüben bereitet, hat im Herbst jeden Jahres, drei Tage nach Beendigung der Erndte, und, wenn diese über den Schluß des Monats November hinaus dauern sollte, spätestens am letzten Tage des gedachten Monats, der Steuerhebestelle ein nach einem besondern Muster anzufertigendes Verzeichniß seiner sämmtlichen Rübenvorräthe, worin zugleich der Ort ihrer Aufbewahrung angegeben sein muß, zweifach einzureichen, auch jeden fernern Zugang an Rüben, zur Nachtragung in dem Verzeichnisse, sogleich anzumelden.

b) Das eine Exemplar dieses Verzeichnisses wird, mit dem Visa der Steuerhebestelle versehen, zurückgegeben, und muß in dem Betriebslocale reinlich dergestalt aufbewahrt werden, daß solches auf Erfordern sogleich vorgelegt werden kann.

§. 14.

Besondere Vorschriften  
für die Fabriken, in  
welchen getrocknete Rü-  
ben verarbeitet werden.

Die Inhaber derjenigen Fabriken, in welchen die Rüben in getrocknetem (gedörre-tem) Zustande verarbeitet werden, sind verpflichtet, ihre gesammten Vorräthe an getrockneten Rüben nur an einem gewissen, ein für allemal zu bestimmenden Orte,



welcher unter Mitverschluß der Steuerbehörde steht, aufzubewahren, auch, so oft getrocknete (gedörrte) Rüben von außerhalb — sei es von auswärtigen Trocknungsanstalten oder von dritten Personen — bezogen werden sollen, der Steuerhebestelle solches spätestens am Nachmittage des vorhergehenden Tages schriftlich anzumelden.

Diese Anmeldung, welche die Menge und die Art der Verpackung der einzubringenden Rüben, den Ort ihrer Herkunft, so wie den Tag und die Stunde der Einbringung enthalten muß, kann, nach der Wahl des Fabrik-Inhabers, entweder für jeden einzelnen Transport oder für einen längeren Zeitraum im Voraus gemacht werden.

Zur angemeldeten Stunde der Einbringung ist die Ankunft eines Beamten abzuwarten, und in dessen Gegenwart alsdann sogleich — je nachdem die Rüben sofort verarbeitet werden sollen oder nicht — im ersteren Falle deren Verwiegung, im andern Falle deren Aufnahme in das unter Mitverschluß der Steuerbeamten stehende Aufbewahrungslokal zu bewirken.

Sollen demnächst Rüben, Behufs der Verarbeitung, aus dem Aufbewahrungslokal entnommen werden, so findet sich ein Steuerbeamter in der Fabrik ein, um das Lokal zu öffnen und unter seiner Aufsicht die Rüben herausnehmen und verwiegen (§. 2 b.) zu lassen. Das auf einmal zu entnehmende Quantum Rüben, ingleichen die Zeit der Entnahme wird für jede Fabrik, nach Maßgabe des stattfindenden Betriebs von der Steuerbehörde bestimmt.

#### §. 15.

Die in der gegenwärtigen Verordnung und insbesondere in den vorstehenden §§. 8—14 erteilten Kontrolle-Vorschriften ist nicht nur derjenige, welcher die Zuckersfabrikation betreibt oder für seine Rechnung betreiben läßt, sondern auch ein jeder, welcher dabei beschäftigt ist, zu beobachten schuldig.

8. Verpflichtung zur Befolgung der Control-Vorschriften.

### III. Behörden und Beamten.

#### §. 16.

a) Die Verwaltung der Rübenzuckersteuer gehört zum Ressort der Zoll-Direction; die Erhebung der Steuer geschieht durch die Behörden, denen die Erhebung der Zölle obliegt, oder welche mit jenem Geschäfte besonders werden beauftragt werden, und die Beaufsichtigung der Rübenzuckerfabriken durch die Ober-Beamten der Zollverwaltung, und solche Beamte, welche mit der Beaufsichtigung der Fabriken besonders werden betraut werden. Rücksichtlich der inne zu haltenden Dienststunden der Hebestellen, so wie des Verhaltens der Beamten gegen die Steuerpflichtigen, und dieser gegen jene, kommen die Vorschriften der §§. 111 bis einschließlich 113 der Zoll-Ordnung in Anwendung.

b) Die Fabrikräume können, sobald darin gearbeitet wird, zu jeder Zeit, sonst aber nur von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr von den Aufsichtsbeamten revidirt, und müssen denselben zu diesem Behufe sogleich geöffnet werden.

c) Ist begründeter Verdacht vorhanden, daß Unterschleife, um dem Staate die verschuldeten Gefälle zu verkürzen, begangen worden, und deshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, so ist dazu ein schriftlicher Auftrag eines Ober-Beamten oder einer noch höhern vorgesetzten Behörde erforderlich, und sie darf nur unter Zuziehung eines Gemeinde-Beamten an solchen Orten stattfinden, welche zur Begehung des Unterschleifes geeignet sind.

d) Diejenigen, bei welchen revidirt wird, und deren Gewerbsgehülfen sind verbunden sich ruhig und bescheiden zu halten, und den revidirenden Beamten diejenigen Hülfsdienste zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich sind, um die Revision ordnungsmäßig zu vollziehen.

#### IV. Von den Strafen und dem Strafverfahren.

##### §. 17.

###### A. Strafen.

###### 1. Strafe der Steuer-Defraudation.

Einer Defraudation macht sich schuldig, wer

1. In dem nach §. 13 zu überreichenden Verzeichnisse seiner Rübenvorräthe, diese absichtlich zu gering angiebt, oder, — falls nach §. 3 die Entrichtung der Steuer in fester Summe zugestanden worden ist, — die Menge der nach dem Fixations-Betrage zur Verarbeitung bestimmten Rüben absichtlich zu gering angiebt, oder ohne vorgängige Anmeldung bei der Steuer-Behörde vermehrt; ferner, wer

2. durch Vorkehrungen, welche zu einer unrichtigen Feststellung des Gewichts der zur Zuckerbereitung bestimmten Rüben zu führen geeignet sind, die Steuer verkürzt oder zu verkürzen versucht; ferner, wer

3. da, wo die Rüben im frischen Zustande verarbeitet werden, dergleichen Rüben, bevor deren Gewicht amtlich ermittelt worden ist, in die Zerkleinerungsapparate aufnimmt, oder sonst einer zur Zuckergewinnung dienenden Operation unterwirft; ferner, wer

4. da, wo die Rüben in getrocknetem Zustande verarbeitet werden, getrocknete Rüben, bevor deren Gewicht amtlich ermittelt worden ist, in die Extraktionsgefäße bringt, oder sonst einer zur Zuckergewinnung dienenden Operation unterwirft, oder getrocknete Rüben ohne vorgängige Anmeldung bei der Steuer-Behörde in eine Rübenzuckerfabrik einführt; endlich, wer

5. sonst auf irgend eine andere Art dem Staate die Rübenzuckersteuer entzieht, oder zu entziehen versucht.

Kann in den Fällen unter 2, 3 und 4 der Angeschuldigte nachweisen, daß er eine Defraudation nicht habe verüben wollen, so findet nur eine Ordnungsstrafe nach Maßgabe des §. 26 oder 27 Statt.

##### §. 18.

###### a) im ersten Falle.

Die Strafe der Defraudation besteht in einer, dem vierfachen Betrage der vor- enthaltenen Steuer gleichkommenden Geldbuße, welche jedoch niemals weniger als 10 Thlr. betragen soll.



Die vorenthaltene Steuer selbst ist unabhängig von der Strafe zu entrichten.

§. 19.

Im Wiederholungsfalle, nach vorhergegangener rechtskräftiger Verurtheilung <sup>b) im ersten Rückfalle.</sup> wird die nach §. 18 eintretende Geldbuße verdoppelt.

§. 20.

Jeder fernere Rückfall wird mit dem Doppelten der im §. 19 bestimmten Geld- <sup>c) bei ferneren Rückfällen.</sup> buße, so wie mit dem Verluste des Rechts zum Betriebe der Rübenzuckerfabrikation und zur Hilfsleistung dabei auf die Dauer von einem bis fünf Jahren geahndet.

§. 21.

Die Strafe der Defraudation wird um die Hälfte geschärft, wenn in den unter <sup>d) Strafe der Defraudation unter erschwerenden Umständen.</sup> Nr. 3 und 4 des §. 17 gedachten Fällen:

1. unter amtlichem Verschlusse befindliche Zerkleinerungsapparate oder Extraktionsgefäße eigenmächtig in Betrieb gesetzt, oder
2. nicht angemeldete Zerkleinerungs-Apparate oder Extraktionsgefäße gebraucht, oder
3. nicht angemeldete Räume zu einer zur Zuckergewinnung dienenden Operation benutzt worden sind.

§. 22.

Die Strafen der Miturheber, Gehülfen und Begünstiger einer Defraudation, so wie derjenigen, welche an den Vorteilen des Vergehens nach dessen Verübung <sup>e) Strafe der Theilnahme.</sup> wissentlich Theil nehmen, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestimmen.

Die für den Rückfall bestimmte Strafe betrifft aber nur diejenigen Theilnehmer einer Defraudation, welche sich selbst eines Rückfalls schuldig gemacht haben.

§. 23.

Sind unangemeldete Geräthe zur Bereitung von Rübenzucker benutzt worden, so werden die verkürzte Steuer und der Betrag der Defraudationsstrafe nach derjenigen <sup>2. Berechnung der verkürzten Steuer und der Defraudationsstrafe.</sup> Menge Rüben berechnet, welche während der letzten sechs Monate vor dem Tage der Entdeckung, auf dem unbefugten Weise gebrauchten Geräthe hat verarbeitet <sup>a) Wenn unangemeldete Geräthe unbefugter Weise benutzt worden:</sup> werden können, in sofern nicht entweder eine größere Steuerverkürzung ermittelt oder vollständig erwiesen wird, daß der Betrieb in der angenommenen Ausdehnung nicht Statt gefunden hat.

§. 24.

Sind Geräthe, welche die Steuerbehörde außer Gebrauch gesetzt hatte, eigen- <sup>b) Wenn außer Gebrauch gesetzte Geräthe unbefugter Weise benutzt worden.</sup> mächtig wieder in Betrieb gebracht worden, so werden, unter gleicher Voraussetzung wie am Schluß des §. 23, die verkürzte Steuer und der Betrag der Defraudationsstrafe nach derjenigen Menge Rüben berechnet, welche seit der Stunde, wo das

unbefugter Weise gebrauchte Geräth zuletzt amtlich unter Verschuß gefunden worden ist, bis zur Zeit der Entdeckung auf diesem Geräthe hat verarbeitet werden können.

§. 25.

c) Wenn sonst sich der Steuerbetrag nicht nachweisen läßt.

Läßt sich weder auf die in den vorhergehenden Paragraphen bestimmte Weise noch auch sonst der Steuerbetrag, dessen Entziehung bewirkt oder versucht worden, feststellen, so tritt eine Geldstrafe von zehn bis ein hundert Thaler, im Unvermögensfalle verhältnismäßige Gefängnißstrafe ein.

§. 26.

2. Besondere Strafbestimmungen.  
a) Strafe der unterlassenen oder unrichtigen Anzeige der Geräthe und der unterlassenen Geräthe-Bezeichnung.

Wer die Fabrikgeräthe oder die damit vorzunehmenden oder vorgenommenen Veränderungen nicht, wie in §. 8 vorgeschrieben ist, anzeigt, oder den Rauminhalt der Kessel und Pfannen, der Vorschrift des §. 8 zuwider, zu gering angiebt, oder die im §. 9 vorgeschriebene Bezeichnung der Geräthe unterläßt, verfällt in eine Strafe von 5 bis 20 Thlr., welche bei Wiederholungen auf 20 bis 50 Thlr. erhöht wird.

§. 27.

b) Bestrafung sonstiger Uebertretungen.

Die Uebertretung solcher, in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen und der in Gemäßheit derselben erlassenen und gehörig bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften, auf welche keine besondere Strafe gesetzt worden, soll mit einer Geldbuße von 1 bis 10 Thlr. geahndet werden.

§. 28.

4. Verwandlung der Geld- in Freiheitsstrafe.

Wenn eine Geldbuße von dem Verurtheilten wegen seines Unvermögens nicht beizutreiben ist, tritt an deren Stelle eine verhältnismäßige Freiheitsstrafe, welche jedoch im ersten Falle die Dauer von einem Jahre, bei dem ersten Rückfalle die Dauer von zwei Jahren und bei fernern Rückfällen die Dauer von vier Jahren nicht übersteigen, dagegen aber im dritten oder in einem fernern Rückfalle nicht unter einem halben Jahre betragen soll.

§. 29.

5. Sonstige Strafbestimmungen.

In Ansehung der Vertretungsverbindlichkeit für verwirkte Geldstrafen, Steuern und Kosten, ferner der Concurrenz anderer Verbrechen, der Bestechung der Steuerbeamten und der Widerseßlichkeit gegen letztere, gelten die Bestimmungen der §§. 19, 23, 24, 25, 26, 27 des Zollstrafgesetzes vom 5. März 1842.

§. 30.

Verfahren.

Die Bestimmungen des Zollstrafgesetzes in den §§. 33 bis einschließlich 59 über das Strafverfahren in Zoll-Untersuchungssachen, so wie die jene Bestimmungen ergänzenden Verordnungen, namentlich das Gesetz vom 2. Dezember 1866, betreffend die in Zollsachen zum Verhör geladenen Zeugen und deren Bestrafung, so wie die Verordnung vom 18. August 1867, betreffend das Verfahren in gericht-

lichen Zoll-Untersuchungssachen finden gleichmäßig auf Zuwiderhandlungen gegen die Zuckersteuer-Gesetzgebung und die deshalb einzuleitenden oder eingeleiteten Untersuchungen Anwendung.

§. 31.

Die durch diese Verordnung für das Vergehen der Defraudation bestimmten Strafen verjähren in 5 Jahren, bloße Ordnungsstrafen aber in 1 Jahre, seit Verübung des Vergehens oder der Contravention.

Soestdijf den 22. Juli 1869.

Für den König-Großherzog :  
Dessen Statthalter im Großherzogthum,

**Heinrich,**

Prinz der Niederlande.

Der General-Director	Durch den Prinzen :
der Finanzen,	Der Secretär,
de Colnet-d'Haart.	G. d'Olimart.